

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,85 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Hilfs-Vorstand)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 88.

Berlin, Mittwoch, 3. November 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Unsere Gegner. — Die Hygiene der Heimarbeit.
— Jugendfürsorge. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

Unsere Gegner.

Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß jede der verschiedenen Organisationsrichtungen in der deutschen Arbeiterbewegung mit großer Entschiedenheit behauptet, daß sie allein neutral und unabhängig sei. Darin liegt der beste Beweis dafür, daß allgemein die Neutralität als die Vorbedingung für eine starke und einheitliche Arbeiterbewegung angesehen wird. Uns Gewerksvereine wird nun von den gegnerischen Organisationen der Vorwurf gemacht, wir seien parteipolitisch mit dem Liberalismus verknüpft; wir seien ein Anhängel der Fortschrittspartei oder jetzt der freisinnigen Parteien. Daß diese Vorwürfe unbedeutend sind, ist so oft dargetan worden, daß es neuer Beweise nicht bedarf. In unseren Reihen finden sich Anhänger aller politischen Richtungen; auf niemanden wird auch nur der geringste Zwang ausgeübt; parteipolitische Fragen dürfen in unseren Sitzungen nicht erörtert werden. Und was die religiöse Seite anbetrifft, so finden bei uns Angehörige aller Bekenntnisse Platz. Niemand hat wegen seiner religiösen Gesinnung auch nur die geringsten Anfeindungen zu bestehen.

Anders ist das Verhältnis bei den anderen Organisationsrichtungen. Der Satz: „Partei und Gewerkschaften sind eins“ zeigt mit aller Deutlichkeit, daß das Wort „frei“ vor den der Generalkommision angeschlossenen Gewerkschaften keine Berechtigung hat. Es ist ein Aushängeschild, angebracht lediglich zu dem Zwecke, möglichst viele Arbeiter anzulocken, um sie dann zu Sozialisten zu erziehen. Daher auch die lebhafteste Unterstützung, welche die Gewerkschaften durch die sozialdemokratische Partei und Presse erfahren. Ebenso deutet bei den christlichen Gewerkschaften schon das Wort „christlich“ darauf hin, daß sie kein Recht haben, sich als neutrale Organisationsrichtungen hinzustellen. Sie sind die Nekrutenkinder für das Zentrum und die christlich-soziale Partei. Das will man allerdings nicht wahr haben. Für denjenigen aber, der die Verhältnisse kennt, besteht darüber kein Zweifel.

Wenn nun auf die Neutralität ein so großes Gewicht gelegt wird, kann man es verstehen, daß gerade diejenige Organisation, die allein für sich diese Eigenschaft in Anspruch nehmen darf, von den übrigen Organisationsrichtungen auf das allerheftigste beschuldigt wird. Nach rechts und links müssen daher die Deutschen Gewerksvereine ihre Front richten, um die heftigen Angriffe der Gegner zurückzuweisen. Schwer ist dieser Kampf, um so schwerer, weil die Gegner Waffen in Anwendung bringen, die mit einer anständigen und ehrlichen Kampfesweise oftmals nichts gemeinsam haben. Lüge und Verleumdung spielen leider eine große Rolle. Ja, man möchte sagen, daß, wenn es den Kampf gegen die Deutschen Gewerksvereine gilt, kein Mittel als zu schlecht angesehen wird. Wir haben diesen Kampf über vierzig Jahre durchgefochten, und wenn wir auch an Zahl hinter den anderen Organisationsrichtungen zurückgeblieben sind, so haben wir doch die Genugtuung, daß die von uns vertretenen Anschauungen immer mehr Eingang und Anerkennung in der deutschen Arbeiterbewegung gefunden haben. Unsere Gegner bestreiten das

allerdings, und wir sind überzeugt, daß auch diese Zeilen dem einen oder anderen Anlaß geben, die Feder in die rote oder schwarze Tinte zu tauchen und gegen uns den Vorwurf der Annäherung zu erheben. Dadurch aber werden die Tatsachen nicht aus der Welt geschafft.

Erbitterter als in früheren Zeiten ist auch der Kampf gegen das Unternehmertum geworden. Unsere Stellung ihm gegenüber ist bekannt. Wir ziehen den Weg friedlicher Verständigung vor, schrecken aber auch vor dem Kampfe nicht zurück, wo man unsere berechtigten Forderungen zurückweist. Leider findet diese verständige Haltung auf Seiten des Unternehmertums nicht die gebührende Würdigung. Das Scharfmachertum besitzt noch zu großen Einfluß. Jeder organisierte Arbeiter, gleichviel welcher Richtung er angehört, gilt einer gewissen Gruppe von Unternehmern ohne weiteres als geschworener Feind. Der Gedanke, daß die Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht am Arbeitsvertrage wünschen, daß sie überhaupt für sich das Recht in Anspruch nehmen, sich einer Berufsvereinigung anzuschließen, um ihre Interessen vertreten zu können, genügt für diese Sorte von Arbeitgebern, um die strafften Saiten aufzuziehen und sich über Recht und Gesetz hinwegzusetzen. Die Vorgänge in Quedlinburg und Mansfeld reden eine so deutliche Sprache, daß wir diesen Gedanken nicht weiter auszuführen brauchen. Sie zeigen, wie schwierig die Stellung der deutschen Arbeiterkassen dem Unternehmertum gegenüber ist, das mehr denn je darauf bedacht ist, den protigen Herrenstandpunkt herauszuziehen und allen Versuchen, dem konstitutionellen Fabrikssystem die Wege zu ebnen, mit der größten Rücksichtslosigkeit und Brutalität entgegenzutreten.

Das sind Feinde der Arbeiterbewegung, die so handeln, und der Kampf gegen sie muß mit aller Energie und Entschlossenheit geführt werden. Allerdings, wenn dieser Kampf siegreich durchgefochten werden soll, dann müssen erst andere Feinde niedergeworfen werden, die noch gefährlicher sind. Immer und immer wieder muß darauf gedrungen werden, daß die verschiedenen Organisationsrichtungen untereinander in ein leidlicheres Verhältnis treten. Die vielfach bisher geübte Praxis, diese Angriffe gegen die Andersorganisierten zu richten, muß endlich aufgegeben werden. Der Vorstoß der Organisierten, d. h. doch wohl der **d e n k e n** Arbeiter, muß sich richten gegen die große Masse der Indifferenten und Unorganisierten, die, sei es aus Verständnislosigkeit, sei es aus Gleichgültigkeit, der Organisation fernbleiben. Würden die Kräfte, die man gegeneinander vergeudet, gesammelt und gegen die Unorganisierten verwendet werden können, so müßte es gelingen, Breche zu legen in den Indifferentismus der Massen, der es bewirkt, daß heute noch drei Viertel der deutschen Arbeiter keiner Organisation angehören.

Denn gerade diese Gleichgültigkeit ist der schlimmste Feind der Arbeiterbewegung. Auch innerhalb der Organisation macht er sich breit und hindert vielfach ein gedeihliches Fortkommen. Sehen wir uns doch einmal um in den eigenen Reihen! Zahlreiche Kollegen gibt es, und zwar nicht nur in unserer Organisation, sondern auch in den anderen, die da glauben, allen ihren Verpflichtungen der Organisation gegenüber genügt zu haben, wenn sie ihre Wochenbeiträge bezahlt haben. Sie bleiben den Vereinsitzungen fern; an den öffentlichen Veranstaltungen nehmen

sie nicht teil, an dem Wachstum der Organisation und der Verbreitung ihrer Anschauungen zeigen sie kein Interesse. Mit solchen Truppen lassen sich natürlich so schwere Kämpfe, wie sie die Arbeiterkassen und insbesondere die Deutschen Gewerksvereine durchzuführen haben, nicht siegreich durchführen. Deshalb ist es unsere Pflicht, vor allen Dingen gegen diese Gleichgültigkeit im eigenen Lager anzukämpfen. Keine Sitzung darf vorübergehen, in welcher der Ausfluß und die vorwärtsstrebenden Kollegen nicht alles aufbieten, um die Kollegen aufzurütteln und zum Kampfe für unsere Ideen anzufuern. Aber das genügt noch nicht. Die Gleichgültigen bleiben davon unberührt. Sie kommen ja meistens nicht in die Versammlungen. Da gilt es, sie aufzusuchen, sie an ihre Verpflichtungen zu erinnern und ihnen zu zeigen, wie schwer sie sich an der Bewegung verfehlen, wenn sie nicht nach besten Kräften mitarbeiten an der Weiterentwicklung unserer Organisation und damit an der Förderung unserer guten Sache. Der Winter ist die geeignete Zeit für Agitation und Aufklärung. Mögen deshalb diese wohlgemeinten Worte nicht auf unfruchtbaren Boden fallen!

Die Hygiene der Heimarbeit.

e. Ueber die Entstehungsgeschichte unserer täglichen Gebrauchsgegenstände leben wir, man möchte fast sagen, in glücklicher Unwissenheit. Weiß etwa einer unter hundert, welchen Entwicklungsgang die Wollflocke vom Felle des Schafes bis zum fertigen Rod durchmacht, oder wie ein baumwollener Strumpf auf großindustriellem Wege entsteht? Mit vielen ganz alltäglichen Genussmitteln geht es ähnlich. Wir kennen meistens weder die Technik ihrer Herstellung, noch das wirtschaftliche und hygienische Milieu, in dem sie hergestellt werden. Das hat auch sein „Gutes“. Manche elegante Dame würde durch ihre Kleiderpracht weniger glücklich, wenn sie wüßte, in welcher Dürftigkeit und Unhygiene jene armen Schneiderrädchen vielfach arbeiten und leben müssen, deren fleißige Finger den raschenden und glitzernden Staat geschaffen haben. Das vielgestaltige Elend der Hausindustrie und Heimarbeit bildet noch immer eines der traurigsten Kapitel unseres Erwerbslebens.

Für die Sozialhygiene und breite Schichten fleißiger Menschen würde es sicher ein großer Vorteil sein, wenn die Wohlhabenden von den Verhältnissen, unter denen sich ein wesentlicher Teil der deutschen Arbeit vollzieht, sichere Kenntnis hätten. Es geht ihnen aber meistens wie jener französischen Königin, die, als sie von den teuren Brotpreisen hörte, verwundert fragte, warum die armen Leute nicht Kuchen essen. Namentlich der Heimarbeit wäre zu wünschen, daß die Zustände, unter denen sie sich in vielen ihrer einzelnen Zweige vollzieht, in den weitesten Kreisen auch der Bessergestellten bekannt würden. Manches ist ja in dieser Hinsicht bereits durch Sozialstatistik und Heimarbeitsausstellungen geleistet, aber die breite Masse jener Schichten nimmt weder von den Ergebnissen der einen noch von der eindringlichen Sprache der anderen Kenntnis. Vielleicht hat man wenigstens Gerhard Hauptmanns „Weber“ gelesen und durch sie ein, wenn auch einseitiges Bild sozialer Not in der Hausindustrie gewonnen. Aber es bleibt trotzdem dabei: die Mehrheit unseres Volkes weiß nicht, unter wieviel Entbehrung und mit wie großer Aufopferung der Gesundheit das farge tägliche Brot auf dem steinigsten Ader der meisten Hausindustrien gewonnen wird.

Ein lebendiges und tatkräftiges Mitgefühl zur Verbesserung dieser Zustände zu erregen, liegt nicht

nur im Interesse dieser Arbeitergruppen, sondern es ist ein Dienst, den man der öffentlichen Wohlfahrt leistet. Es steht fest, daß gefährliche Volksseuchen, wie z. B. die Tuberkulose, in den Kreisen der Heimarbeiter ihren Hauptherd besitzen. Die tobbringenden Krankheitskeime werden mit den fertigen Waren hierhin und dorthin getragen, um alle Vorsicht und Fürsorge wird nicht den gewöhnlichen Erfolg haben, wenn es unmöglich ist, den Heimd bereits in seinem Hauptquartiere zu vernichten. So werden die Glaschleifer in Deutsch-Böhmen nur 25 bis 40 Jahre alt, und 75 Prozent der Todesfälle unter ihnen sind auf Tuberkulose zurückzuführen! Es ist uns in Deutschland kein Arbeitszweig mit ähnlichen furchtbaren Verhältnissen bekannt, aber wir brauchen uns dessen nicht zu rühmen. Es gibt Elend und Unhygiene auch in deutschen Hausindustrien die Fäule, Hausweberei, Zigarrenmacher, Spielwarenarbeiter, die in der Kleintextilindustrie und in der Konfektion beschäftigt sind, um nur einige Beispiele anzuführen, in Verhältnissen, die tief unter dem Durchschnitt der deutschen Arbeiterlebenshaltung stehen und wegen ihrer Unhygiene eine öffentliche Gefahr bedeuten.

Bekanntlich hat man wiederholt auch gesetzgeberisch versucht, hier Abhilfe zu schaffen. Aber mit gesetzlichem Zwang ist nur sehr vorläufig eingzugreifen, wenn man die meisten Heimarbeiter nicht in noch größere Not bringen will. Um so mehr Beachtung verdienen die Anregungen, die auf der jüngsten Jahresversammlung des „Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege“ gegeben wurden. Man teilte dort die zu stellenden Forderungen in drei Gruppen. Für alle Heimarbeiter verlangte man die Ausdehnung des Gewerberechts, des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung, ebenso das Verbot der Nachtarbeit und der Sonntagsarbeit. Der Wöchnerinnenschutz soll eingeführt, die Kinderarbeit beschränkt werden. Lohn-tarifgemeinschaften sind zu gründen und Hungerlöhne sind als unanständig zu brandmarken. Die Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln in der Heimarbeit, die Verwendung von infektiösfähigen oder gesundheitsgefährlichen Stoffen bei der Arbeit, die Beschäftigung von Personen mit ansteckenden Krankheiten sollte verboten werden. Für Heimarbeiter auf dem Lande wurden Wanderlehrer zur ständigen Belehrung und Kontrolle der Arbeiter und Ermöglichung des Wechsels von landwirtschaftlicher Tätigkeit und Heimarbeit, je nach Jahreszeit und Wetter, gefordert. Für die städtischen Heimarbeiter Fortbildungsschul- und Fachschulzwang, soweit es sich um Jugendliche beiderlei Geschlechts handelt, Mindestanforderung an die Wohnungen, Verbot der Venützung der Schlafräume als Werkstat, Unterstellung der Heimarbeiter unter die Aufsicht der Gewerbeinspektion und eine Bestimmung, die das Mitgeben von Heimarbeit an Fabrik- und Werkstattarbeiter verbietet.

Das sind Ziele, die auf das innigste zu wünschen sind, aber in absehbarer Zeit leider nicht erreicht werden können, da die Gesetzgebung, ohne die es nun einmal gerade auf diesem Gebiete nicht geht, verlagert. Die große Gemeindeförderungs- und Wohlfahrtskommission, die wenigstens etwas Abhilfe schaffen sollte, ist durch den Schluß des Reichstages unter den Tisch gefallen. Aber selbst wenn sie in veränderter Form wieder eingebracht werden sollte, darf nicht allzu viel von ihr erwartet werden, da die Lohnämter, durch die allein der Kern des Problems, die Lohnfrage, gelöst werden kann, nicht die geringste Aussicht auf Einführung haben. Das ist natürlich kein Grund, müßig die Hände in den Schoß zu legen. Es muß vielmehr unablässig daran gearbeitet werden, wenigstens auf dem Wege einer langsamen Entwicklung Fortschritte zu erzielen.

Jugendfürsorge.

F. K. Aus dem Gebiet der Jugendfürsorge sind in den letzten Jahren einige recht erfreuliche Symptome zutage getreten: einerseits ist man sich auch in denjenigen Kreisen, die sich bis dahin von einer aktiven Betätigung, sei es unterstützend, sei es leitend, ferngehalten haben, mehr und mehr der Pflichten bewußt geworden, die die Nation gegenüber dem kommenden Geschlechte zu erfüllen hat; andererseits haben sich einzelne Persönlichkeiten, Innungen und Vereine, namentlich Lehrervereine, so der Sache angenommen und sind so verbündet dafür eingetreten, daß man heute sagen darf, die Jugendfürsorge wird allgemein als eine notwendige und hoffnungsvolle Einrichtung im Sinne der Zukunft unseres Volkes angesehen.

Und in der Tat ist sie in einem eminenten Sinne! Man vergegenwärtigt sich nur, wieviel Prozente unserer gewerblichen Jugend in den großen Städten sich Sonntags und Werktagsabends schau- und hilflos überlassen sind, und daß ihnen taufenderlei Gefahren drohen, durch die sie auf eine abschüssige Bahn gebracht werden können! Unsere Jugend von heute ist an und für sich gewiß nicht

geringer als diejenige früherer Zeiten; aber sie ist schuldlos als jene, die sich des wohlthätigen Einflusses vom elterlichen Hause erfreuen durfte, wenn man daran erinnert, daß ein erheblicher Teil von Lehrlingen heute verurteilt ist, nach eigenem Gutdünken die Freistunden zu verleben. Und kommt dazu, daß der Lehrling, der jugendliche ungelernete Arbeiter einen Wochenverdienst sein eigen nennt, dann thun sich ihm nur allzu leicht Gefahren auf, denen er nimmer gewachsen ist. Hier hat darum die helfende Hand einzugreifen und Stätten zu schaffen, an denen sich alle diejenigen sammeln können, die sich unter der Leitung und Aufsichtigung von Männern einem fröhlichen Spiele, einer heiteren Geselligkeit, einer anregenden Lektüre hingeben wollen. Und wer unserer Jugend nahegetreten Gelegenheiten gehabt hat, der wird es erfahren haben, wie leicht deren Anforderungen erfüllt, wie leicht zufrieden unsere Jünglinge gestellt werden können, wenn ihnen Gelegenheit zum Spielen, Turnen, Wandern, Singen und Lesen geboten wird. Ungenügsamkeit zeigt die Jugend nur, sobald sie sich selbst überlassen ist, niemals aber, wenn ihr ein treuer Berater, ein väterlicher Freund zur Seite steht, der mit ihr denken und empfinden und sich mit ihr freuen kann.

Saben nun auch die Jugendfürsorgebestrebungen einen kräftigen Schritt vorwärts getan, so bleibt doch noch vieles zu leisten übrig. In den Großstädten z. B. genügt es nicht, für die Tausende von Jünglingen eine einzige derartige Erholungsstätte zu schaffen; nein, viele Jugendheime müssen ins Leben gerufen werden; in jedem Stadtteil müßte eine Schulturnhalle, mit den nötigen Beleuchtungs- und Unterhaltungseinrichtungen versehen, der gewerblichen Jugend zur Verfügung, mindestens am Sonntage, offen stehen. Und wenn die Fortbildungsschule immer und immer dessen eingedenk bleibt, daß sie nicht bloß Unterrichts-, sondern auch Erziehungsanstalt ist, dann wird es ihr ein Leichtes sein, ihre Schüler zur Teilnahme an jenen Abenden zu bewegen, die der Erholung, der Freude und dem Genusse dienen sollen. Wächst sich recht zahlreich opferwillige Männer finden, zu Fuß und Frommen unserer Jugend Fürsorgeeinrichtungen ins Leben zu rufen und in ihnen zu wirken für eine heilige nationale Sache!

Die Deutschen Gewerbevereine bringen in letzter Zeit den Jugendfürsorgebestrebungen ebenfalls ein reges Interesse entgegen. Die Soziale Kommission in Berlin hat durch ihre, vor kurzem besprochene Veranlagung einen neuen Anstoß gegeben, der sicherlich gute Erfolge zeitigen wird.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 2. November 1909.

Jein große öffentliche Versammlungen veranstaltet am morgigen Donnerstag der Verein der Deutschen Kaufleute in Berlin, um Stellung zu nehmen zu dem Ergebnis der Umfrage bei den Berliner Ladeninhabern betreffend Ausdehnung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Wir machen auf diese Versammlungen ausdrücklich aufmerksam und sprechen die Erwartung aus, daß möglichst viele Gewerbevereinskollegen und -Kolleginnen von Berlin und Umgegend an diesen Versammlungen teilnehmen und zum Ausdruck bringen, daß die Arbeiterchaft nicht das geringste Interesse daran hat, daß die Ladengeschäfte am Sonntag geöffnet bleiben, sondern daß sie sehr wohl in der Lage ist, ihre Einkäufe an den Wochentagen zu besorgen.

Gegen den Zentralarbeitsnachweis des Zechenverbandes protestierten im Ruhrgebiet am letzten Sonntag etwa 30 von den verschiedenen Bergarbeiterorganisationen gemeinsam einberufene Versammlungen. Namentlich die Veranstaltungen in Bochum, Dortmund, Essen, Gelsenkirchen und Oberhausen erfreuten sich eines ungeheuren starken Besuchs. In allen Versammlungen wurden Resolutionen angenommen, welche die einstimmige Verurteilung des geplanten Zentralarbeitsnachweises zum Ausdruck bringen und den Minister für Handel und Gewerbe ersuchen, im Interesse des Friedens im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirk dahin wirken zu wollen, daß der Arbeitsnachweis auf der vom Zechenverbande geplanten Grundlage unterbleibt, und wenn ein Arbeitsnachweis eingeführt wird, dies auf paritätischer Grundlage geschieht. Die Resolution soll dem preussischen Handelsminister übermittelt werden. Hoffentlich hat sie Erfolg.

Reichsversicherungsordnung und Reichstag. Durch die Presse geht eine angeblich von Bundesratsseite stammende Notiz, wonach es gänzlich ausgeschlossen ist, daß die Reichsversicherungsordnung dem Reichstage vor Ende Februar zugehen kann. Die Beratungen des neuen Etats im Bundesrat werden fast den ganzen November andauern, die

zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung kann vor Weihnachten also im Bundesrat nicht beendet werden und dürfte auch den Januar noch beanspruchen, die dritte Lesung und der Trud des umfangreichen Werkes — den die Reichsdruckerei für den Reichstag übernehmen wird — nehmen auch geraume Zeit ein. Da die parlamentarischen Ferien im nächsten Jahre wegen des frühen Osterfestes bereits Mitte März beginnen, so ist es auch sehr unwahrscheinlich, daß der Reichstag die erste Lesung der Reichsversicherungsordnung wegen der sich zu sehr zusammendrängenden Etatsdebatten noch vor Ostern vornehmen kann. Man rechnet in Bundesratskreisen auch gar nicht damit, daß dieses große Werk im Frühjahr vom Reichstage erledigt werden kann, sondern rechnet mit einer Vertagung auf den Herbst und hofft, daß während der Vertagung oder eines Teils derselben eine Reichstagskommission das Werk vorbereiten wird. In Regierungskreisen wird vielmehr Wert darauf gelegt, daß die Novelle zur Strafprozessordnung möglichst bald vom Reichstage erledigt wird.

Reite Ansichten!

Für die Steuerhinterziehung der Agrarier liefert der bekannte Professor Delbrück im Novemberheft der „Preuss. Jahrbücher“ einen neuen Beweis. Er führt die Inventur von 1908 eines Rittergutes an, dessen Durchführung unter einer Filiale des Schwarzischen Rechnungsintituts steht. Der Wert des Gutes ist mit 375 498,59 Mark angelegt. Unter Sinezurechnung von Anteilen an einer Zuckerraffinerie und einer Molkerei erhöht sich diese Summe auf rund 900 000 Mark. Das Gut umfaßt 2000 Morgen, so daß ein Morgen mit durchschnittlich 450 Mark bewertet erscheint. Professor Delbrücks Gewährsmann erklärt nun, daß in jener Gegend — sie ist durch blühende Landwirtschaft berühmt — für solchen Acker 800 bis 1200 Mark für den Morgen bezahlt werden. Die Zahlen, die den Aufstellungen des genannten Intituts zugrunde liegen, stammen — aus dem Jahre 1855. Der Grundsteuerertrag ergebe schon einen Wert von 800 Mark für den Morgen. Gegen die „Grafheit“ der Buchführung ist, wie die Fleinnige neben den Hunderttausenden bemerken, nichts einzuwenden. Aber was nützen uns die Fleinnige, wenn — fragt Professor Delbrück ironisch — am Ende die Million fehlt? Nabe-liegend sei nun der Verdacht, daß auch die sonstigen Veranlagungen des über einen großen Kundenkreis verfügenden Intituts unter ähnlichen Fehlern leiden. Auch ist kaum anzunehmen, schießt Delbrück weiter, daß in einem Kreise, wo ein Rittergut so unter seinem Wert angelegt ist, die anderen Güter richtig abgeschätzt sind, denn die Veranlagungskommission, zum Teil aus Landwirten bestehend, müsse ja einen immerhin einheitlichen Maßstab haben.

Solche Rechnungsbüroaus sind in verschiedenen Gegenden des Landes vorhanden. Es ist deshalb mit Freuden zu begrüßen, daß der preussische Finanzminister die Absicht hat, ihren Nachschaffen ein für allemal ein Ende zu bereiten.

Arbeiterbewegung. In dem Kampfe der Quedlinburger Gärtnergehilfen ist bis heute noch keinerlei Milderung eingetreten. Der Zerbürgermeister ist nach wie vor bemüht, eine Vermittlung herbeizuführen, doch sind bisher Resultate noch nicht zu verzeichnen. — Auch im Mansfelder Bergrevier dauert der Kampf noch fort. Verschiedene Tageszeitungen melden, daß auf einzelnen Schächten die Arbeit zum Teil wieder aufgenommen worden ist. Von einer erheblichen Abnahme der Zahl der Streikenden kann jedoch nicht die Rede sein. — Zu ersten Konflikten haben die Differenzen in der bergischen Seidenbandindustrie geführt. Beteiligt sind vor allem die Orte Eberfeld, Garmen und Mionsdorf. Die Kündigungsfrist der Arbeiter ist, ohne daß die Differenzen beigelegt werden konnten, abgelaufen. Damit trat die von den Arbeitgebern angebotene Aussperrung in Kraft, die sich über 1000 Arbeiter erstreckt.

Die Nachwehen des schwedischen Generalstreiks machen sich noch immer bemerkbar. Der König von Schweden hat den Direktor des schwedischen Arbeitgebervereins Sydow und den Präsidenten des Landessekretariats der Gewerkschaften Lindquist zu sich berufen und an sie die dringende Aufforderung gerichtet, alles aufzubieten, um dem bestehenden Konflikte sobald wie möglich ein Ende zu bereiten. Leider ist die Aussicht auf Frieden nur eine geringe, da die Unternehmer hartnäckig auf ihrem Herrenstandpunkt beharren, während die Arbeiter sich weigern, dem Wunsche der Unternehmer nachzukommen und auf die Organisationszugehörigkeit zu verzichten. Die Stimmung der Öffentlichkeit gegen die Arbeitgeber wird von Tag zu Tag feindlicher.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat September hat sich nach dem „Reichsarbeitsblatt“ weiterhin günstiger gestaltet. Die bereits im Vormonate gemeldeten Anzeichen einer Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeit haben sich vielfach verstärkt und in einigen Gewerben zu reger Beschäftigung geführt.

Auf dem Kohlenmarkt machte sich der erhöhte Absatz seitens der Industrie bemerkbar und trug, wie auch das lebhafteste Geschäft in Hausbrandkohle, zu einer Milderung der ungünstigen Geschäftslage bei. Auf der anderen Seite haben hier sowohl, als auch in Oberösterreich die ungünstigen Wasserstandsverhältnisse auf den Absatz ungünstig eingewirkt. In den Braunkohlenrevieren wurde mit wenigen Ausnahmen befruchtend gearbeitet. In der Hohenenerzeugung, den Walzwerken und den Gießereien machte sich die Belebung ebenfalls mehr oder weniger stark fühlbar. Der Stahlwerksverband erhöhte seinen Bestand abermals. Im Maschinenbau liegen die Verhältnisse sehr verschiedenartig. Verbesserungen sind hier anscheinend in bemerkenswertem Umfang noch nicht eingetreten. Die elektrische Industrie war, wie im Vormonate, überwiegend ausreißend beschäftigt. Die verschiedenen Zweige der Textilindustrie waren zum Teil auch im Berichtsmontate ungenügend beschäftigt, so vor allem die Baumwollspinnereien mit Ausnahme der Bayerischen. Dagegen hatten die Webereien, die Leinwandindustrie, die schließliche Textilindustrie und die Strumpf- und Wirkwarenindustrie einen etwas lebhafteren Geschäftsgang zu verzeichnen. Im Baugewerbe machten sich in einer Reihe von Städten Abschwächungen bemerkbar. Sehr gut war die Bekleidungsindustrie beschäftigt. Die chemische Industrie hat gegen den Vormonate eine Verbesserung zu verzeichnen. Ebenso hat sich im Buchdruckgewerbe der Beschäftigungsgrad vielfach gehoben. Ungünstig war im allgemeinen die Lage der Tabakindustrie und der Brauereien.

Bei den am das Kaiserlich Statistische Amt berichtenden Krankenkassen ergab sich am 1. Oktober 1909 gegen den 1. September eine Zunahme der Beschäftigungsziffer um insgesamt 41 396 Personen (+ 15 833 männliche, + 25 563 weibliche). Die Zunahme war beträchtlich höher als am 1. September 1909 und stand, soweit es sich um männliche Arbeiter handelt, sehr erheblich über der am 1. Oktober des Vorjahres (+ 28 141, darunter + 1482 männliche, + 26 659 weibliche Versicherte).

Die Arbeitslohnziffern der Sachverbände im 3. Vierteljahr 1909 zeigen im ganzen eine Verbesserung sowohl gegen das Vorvierteljahr wie gegen das gleiche Vierteljahr des Vorjahres. Sie betragen für Ende Juli 2,5 Proz., Ende August 2,3 Proz., und Ende September 2,1 Proz. gegen 2,7 bzw. 2,7 bzw. 2,7 im Vorjahre.

Die Berichte der Arbeitsnachweise lassen zum Teil ebenfalls eine Verbesserung gegenüber dem Vormonate erkennen. Danach herrschte in Berlin in allen Berufen mit Ausnahme des Gastwirtsberufes, des Brauereiwesens und der Tabakindustrie eine lebhaftere Nachfrage nach Arbeitskräften. Weibliche Personen wurden für die Metall- und elektrische Industrie, die Glühlichtfabrikation und die Galvanik ungewöhnlich viel verlangt. Der Bericht aus Weiskalen spricht sich im allgemeinen nicht günstig aus und verzeichnet eine Belebung nur für das Baugewerbe und die meisten Handwerksberufe. Günstig lautet der Bericht über den Regierungsbezirk Düsseldorf, sowie ein Teil der süddeutschen Bezirke.

Die Verkehrsleistungen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen waren im September 1909 um 5 870 733 Mt. höher als im gleichen Monate des Vorjahres; das bedeutet eine Mehrleistung von 70 Mt. oder 2,58 Proz. auf 1 Kilometer.

Ein klägliches Ende hat der christliche Gewerkschaftsführer Engel-Strasbourg gefunden. Die arge Bloßstellung, die diesem Herrn durch den Leiter der badischen Fabrikinspektion zuteil geworden ist, hat dazu geführt, daß Herr Engel seines Amtes entbunden wurde. Es ist bezeichnend für die christlichen Gewerkschaften, daß es erst dieser öffentlichen Brandmarkung bedurfte, um Herrn Engel als unfähig für das Amt eines Arbeiterführers anzusehen. In den Augen aller anständig denkenden Arbeiter war der Herr bereits vorher gerichtet.

Ein bemerkenswertes Urteil des deutschen Reichsgerichts über den gewerblichen Pankoff wird im „Korrespondent“ der Buchdrucker besprochen. Ein Innungsmeister, der einem Aussperreungs-

beschlusse nicht nachgegeben war, hatte einer Vorladung dieser Innung, sich darüber zu rechtfertigen, nicht Folge geleistet. Das gab der Innung Veranlassung, an einige Behörden, für die der Verletzte regelmäßig große Versicherungen hatte, Eingaben zu richten, worin sein Verhalten mit dem Gesetze gefehlt wurde, ihm die Versicherungen für die Zukunft zu entziehen. Der also gekennzeichnete Meister erhob Klage auf Zahlung einer Entschädigung, die in letzter Instanz vor das Reichsgericht kam, wo sie aber abgewiesen wurde. In der Begründung heißt es:

„Nach den Feststellungen des Oberlandesgerichts ist in der Eingabe an die Behörden das Verhalten des Klägers wahrheitsgemäß geschildert worden. Wenn auch die Werbung, in der der Kläger als nicht würdig, die Versicherungen für die Behörden zu erhalten, und als Verleumdung in dem Kampfe der Meister bezeichnet wird, überlegend ist, so liegt doch auf der Hand, daß nicht gerade diese Ausdrücke die Behörden veranlassen werden, dem Kläger ihre Kundtschaft zu entziehen. Wenn die Behörden wirklich ihre Warenbesätze bei dem Kläger einstellten, so werden sie es getan haben, weil sie glauben, daß jener im Lohnkampfe seiner Standesgenossen gemeinsame Sache mit der Sozialdemokratie gemacht habe. Der Inhalt der Eingabe vertritt keineswegs gegen die guten Sitten. Der Kläger ist seinen Standesgenossen in den Rücken gefallen und hat ihnen auf die Aufforderung zur Rechtfertigung keine Antwort gegeben. Wenn diese ihrerseits zur Abwehr gegen den Abtrünnigen zu scharfen Maßregeln griffen, so liegt darin nichts Aufzupäuses, so lange sich das Abwehrmittel in den Grenzen des Sittlichkeitsmaßes hielt. Die Mitteilung des Namens eines solchen Abtrünnigen an seine Kundtschaft würde nur dann dem Anstandesgefühl eines gerecht und billig denkenden Menschen widersprechen, wenn damit bezweckt würde, dem Kundsthaften geschäftlich zugrunde zu richten. Die Beklagten haben aber nicht die Absicht verfolgt, die Ehre des Klägers zu untergraben.“

Schwachbefähigte Kinder und Alkoholismus. Daß die in Hilfschulen untergebrachten Kinder zu einem großen Teile Opfer der heutigen Trinkanschauungen sind, war zwar auf Grund mander Untersuchungen an Volksschulen als etwas selbstverständliches angesehen worden; aber an den Hilfschulen selbst hatte man Statistiken noch nicht aufgenommen. Die erste ärztliche Untersuchung, die Anfang dieses Jahres an den Hilfschülern in Bromberg stattfand, hat sehr schätzenswertes Material in dieser Beziehung ergeben. Es wurden im ganzen 148 Kinder untersucht. Der Bearbeiter des Materials, Nervenarzt Dr. Kunst-Bromberg, kommt unter anderem zu folgenden Schlüssen: „Alkoholismus der Eltern ist die häufigste Ursache der schwachen Befähigung, häufiger als erbliche Belastung mit Nervenkrankheiten. Dies zeigt sich namentlich bei Geschwistern. Die Ernährungsweise ist in Trinkerfamilien sehr viel schlechter als in nüchternen Familien. Auch der Ernährungszustand der Kinder ist in den Trinkerfamilien schlechter als in den nüchternen Familien.“

Eine bedeutende Rede hat vor kurzem der französische Außenminister Millerand vor seinen Wählern gehalten. Er beschäftigte sich darin u. a. mit der Durchführung der sozialen Reform und hob hervor, daß er eifrig nach Mitteln suche, um die Vergarbeiter zur Gewinnbeteiligung heranzuziehen, um dadurch laut und klar die Notwendigkeit eines Einvernehmens zwischen Kapital und Arbeit zu verfechten. Das Einvernehmen zwischen den Mitarbeitern eines gleichen Werkes, so führte Herr Millerand aus, ist eine wesentliche Bedingung seines Erfolges. Ist es, um ein Beispiel aus dem Leben zu nehmen, denn überhaupt normal und erträglich, daß der Ausstand, d. h. der Krieg, ständig in der Stadt wütet und daß man in Paris keinen Schacht eröffnen kann, ohne zwei Volzisten zur Seite zu stellen, um ihn zu überwachen? Als Hilfsmittel empfahl der Minister dann dringend den Kollektivarbeitsvertrag, den man unrichtig als eine Drohung auslege, der in Wahrheit aber den sozialen Frieden herbeiführen müßte. Er bilde überhaupt nur das erste Element einer neuen Gesetzgebung, die sich mächtig weiter entfalten werde.

Was Herr Millerand da erzählt hat, sind keine neuen Ideen. Es ist der Grundgedanke, der in den Beitreibungen unserer Organisation zum Ausdruck gelangt. Merkwürdig daran ist nur, daß ein Sozialist — denn ein solcher ist Herr Millerand — sie zur Grundlage seines Ministerprogramms macht. Auch daran läßt sich erkennen, daß die Grundanschauungen der Deutschen Gewerksvereine von jeher die richtigen gewesen sind und sie allmählich von der gesamten Arbeiterschaft aller Länder anerkannt werden müssen.

Die 398. Veranstaltung des Vereins für Volkserhaltung findet am Sonntag, den 7. November, abends 7 Uhr, im Beethoven-saal, Köthenerstraße 32, statt. Es werden mit-

wirken: Fräulein Caecilie Simon: Gesang, Herr G. A. Senkel: Gesang, Fräulein Erna Schulz: Violine, Herr E. W. Trojan: Rezitation und Vortrag: Deutsche Humoristen in Bergangerheit und Gegenwart.

Gewerksvereins-Teil.

8 Oberfeld. Der vor einigen Monaten zu unserem Gewerksverein der Gemeindegewerksarbeiter Verein der städtischen Arbeiter hat einen neuen verbesserten Lohn Tarif ausgearbeitet und bei der Stadtverwaltung eingereicht. Am Sonntag, den 24. Oktober, hielt der Verein eine gut besuchte Versammlung ab, zu der sämtliche Stadtverordnete schriftlich eingeladen waren, weil der Tarif erörtert werden sollte. Hier hatten der Einladung auch Folge geleistet. Kollege Ragenhofen-Düsseldorf, welcher schon einmal in einer Versammlung referiert hatte, hatte auch für diese Versammlung das Referat übernommen. Redner begründete die geforderten Lohnveränderungen mit dem in letzter Zeit ganz enorm verteuerten Lebensbedürfnissen der Arbeiter und den gealterten Wohnungsverhältnissen. Nachdem man den Beamteten eine Gehaltszulage habe zuteil werden lassen, sei auch für die Arbeiter, die unter den allgemeinen Teuerungsverhältnissen noch mehr zu leiden haben, eine Lohnaufbesserung durchaus am Platze. Redner führte eine ganze Anzahl Städte an, welche ihren Arbeitern eine Lohn-erhöhung bewilligt haben. Daß die Arbeiter der Stadt Oberfeld noch überaus niedrige Löhne erhalten, gebe daraus hervor, daß die Leute, welche vor 25 Jahren in die Dienste der Stadt getreten sind und mit 3,25 Mark pro Tag angefangen haben, heute einen Lohn von 4,40 Mt. beziehen. Das sei für einen verheirateten und gelehrten Arbeiter unbedeutend zu wenig. Redner besprach das weitere den Lohn Tarif in seinen einzelnen Punkten. Es sollen bezahlt werden in Lohnklasse 1 4,80 bis 6,20 Mt. (früher 4,00 bis 5,70 Mt.), in Lohnklasse 2 4,30 bis 5,70 Mt. (früher 4,10 bis 5 Mt.), in Lohnklasse 3 4,20 bis 5,20 Mt. (früher 4,10 bis 4,70 Mt.), Lohnklasse 4 3,90 bis 4,40 Mt. (früher 3,90 bis 4,40 Mt.), Lohnklasse 5 2,50 bis 3,30 Mt. Lohnklasse 4 betreffe Hilfsarbeiter, Lohnklasse 5 jugendliche Arbeiter und solche, die nicht die volle Arbeitskraft besitzen. Außer dieser Forderung wird die Bildung von Arbeiterauschüssen verlangt. Da bis heute in den Betrieben der Stadt Oberfeld noch keine Arbeiterauschüsse beständen, die Verwaltung diesbezügliche Anträge stets ablehnen beständen hat mit der Begründung, die Verwaltung wolle abwarten, bis die Frage vom Reichstag geregelt sei, wies Redner darauf hin, daß die Kommune mit gutem Beispiel vorangehen müsse. Kommunalbetriebe sollten Mutterbetriebe sein. Auf die Notwendigkeit des Zusammenflusses der Arbeiter hinweisend, welcher nicht nur allein für die Industriearbeiter erforderlich sei, sondern ebenso für die städtischen Arbeiter, forderte Redner die Auorganisierung auf, sich dem Gewerksverein der Gemeindegewerksarbeiter anzuschließen, da die Gewerksvereine aus von jeher verstanden haben, die Interessen ihrer Mitglieder zu fördern.

Redner verließ lobte seine Ausführungen. In der folgenden Diskussion, in der noch manche Mißstände gerügt wurden, ergriffen die anwesenden Stadtverordneten mehrmals das Wort. Innummern gaben sie zu, daß die Forderungen der Arbeiter berechtigt seien, und sie alles aufbieten wollen, um den Arbeitern zu einer Lohnaufbesserung zu verhelfen. Sie erklärten sich auch mit den Ausführungen des Kollegen Ragenhofen einverstanden und betonten ausdrücklich, daß dieselben durchaus sachlich gewesen seien. Sie hätten schon mehreren Versammlungen städtischer Arbeiter beigegeben, die vom „freien“ Gemeindegewerksvereinsverband arrangiert waren, in denen aber in der Hauptsache nur Parteisachen besprochen wurden. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute im „Reichshot“ tagende gut besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter, einberufen vom Gewerksverein der Gemeindegewerksarbeiter, erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erwartet, daß in Anbetracht der verteuerten Lebensmittel und erhöhten Mietpreise die von den Arbeitern geforderten Lohnaufbesserungen eingeführt und baldmöglichst aus allen Betrieben zusammengeführt. Arbeiterauschüsse zur Regelung allgemeiner Wünsche und Beschwerden eingeführt und anerkannt werden.“ Zu bemerken ist noch, daß im hiesigen Stadtparlament drei christliche Arbeiter-Vertreter sitzen, die natürlich zu der Versammlung auch eingeladen waren. Diese scheinen aber noch nicht zu wissen, daß es ihre Pflicht gewesen wäre, in der Versammlung zu erscheinen, um ihr Interesse für die städtischen Arbeiter zu betonen. Offenbar glauben sie das nicht nötig zu haben, weil die Versammlung vom Gewerksverein einberufen war. Da sieht man, wie sehr den Herren das Gemeinwohl, das sie zu fördern berufen sind, am Herzen liegt. Die städtischen Arbeiter werden sich das merken. B. S.

8 Hirschberg. Der hiesige Ortsverband hielt am 24. Oktober eine Versammlung ab, zu welcher hauptsächlich Eisenbahnhandwerker und Arbeiter eingeladen waren. Der Vorsitzende Kollege Anders betonte die Notwendigkeit der Gewerksvereinsorganisation, erläuterte deren Zweck und Ziele und erklärte es als an der Zeit, daß sich auch die Eisenbahner in Hirschberg dem Gewerksverein anschließen. Kollege Böhm-Gleiwitz vom Gewerksverein der Eisenbahner behandelte dann das Thema: „Warum muß sich der Eisenbahner organisieren?“ Es sei Pflicht eines jeden, die wirtschaftliche Lage seines Standes zu fördern. Dieses könne man aber nur erreichen, wenn man sich mit seines Gleichen in einer neutralen wirtschaftlichen Organisation zusammenschlüsse. Als solche könne aber nur

der Kirch-Dundersche Gewerbeverein in Betracht kommen, da dieser auf dem Boden der heute bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung (siehe und jedem volle Freiheit in politischer und religiöser Hinsicht gewähre. Referent beauftragte sodann die Verbandsleiter des Verbandsvorstandes Kollegen Goldschmidt um die Eisenbahner im Parlament, wo er die neunstündige Arbeitszeit durchgesetzt habe. Leider werde dies in den einzelnen Betrieben nicht genügend beachtet, und deshalb sei es nun Sache der Arbeiter, durch die Organisation dieses Ziel zu verwirklichen. Redner wies darauf hin, daß es gerade jetzt an der Zeit sei, sich zu organisieren, damit auch die Eisenbahner als die am schlechtesten entlohnten ihre Wünsche zum nächsten Eisenbahntage im Landtage zur Geltung bringen könnten. Er erklärte dann das Statut der Eisenbahner und hielt es für ganz selbstverständlich, daß man durch Bestehen, aber entschiedenes Vorgehen Vorteile zu erringen versuchen müsse. Daß dies möglich sei, wies er nach an den Orten, wo ein Gewerbeverein der Eisenbahner besteht, wie in Breslau mit 450, Görlitz mit 345 Mitglieder usw. Die Ausführungen fanden allseitigen Beifall. Die Diskussion war äußerst lebhaft und brachte verschiedene Vorschläge vor. Die Verhandlungen des Eisenbahntages am 20. Oktober fanden im „Livoli“ eine vom Ortsverband einberufene Versammlung statt, die von 500-600 Personen besucht war. Verbandsvorsitzender Karl Goldschmidt, Berlin sprach über Weltanschauung und Arbeiterbewegung und fand bei der aufmerksam lauschenden Menge für seine lichtvollen Ausführungen stürmischen Beifall. In der regen Diskussion stellten sich alle Redner auf den Standpunkt des Referenten. Der Vorsitzende des Ortsvereins der Brauer rief die Hilfe des Gewerbevereins im Bierkriege an, weil vielen Brauereien und Brauarbeitern gefährdet worden war. Der Redner brachte hierzu folgende Resolution ein, die einstimmig angenommen wurde:

„Die überaus zahlreiche Versammlung, einberufen vom Ortsverband der Deutschen Gewerbevereine, einberufen durch die Kämpfe um die Bierpreiserhöhung, durch die der Konsum so stark zurückgegangen ist, daß 500 bis 600 Brauer und Brauarbeiter zur Entlassung kommen. Die Versammlung ist der Meinung, daß es jedermanns Recht ist, wenn er Temperenzler ist, sich des Genusses alkoholischer Getränke zu enthalten, daß aber ebenso verlangt werden muß, daß der Biertrinker, auch den Preis dafür zahlt, der durch die Kosten für die Herstellung und den Ausschank gerechtfertigt ist. Der Bierbockstoll wird daher verurteilt, wenn er auch die Menge trifft, die den Preis von 14 auf 15 Pfg. pro 1/2 Glas erhöht haben. Dieser Preis darf nach Auskunst aller Sachverständigen als für Leipzig angemessen angesehen werden. An die Reichsregierung wird die Forderung gerichtet, schleunigst einen Gesetzentwurf einzubringen, der an den Reichsständen auch die reichen Leute entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit teilnehmen läßt, damit die ganz besonders schädlich wirkenden neuen Steuern auf Bier und Tabak wieder aufgehoben werden können, denn durch diese Steuern sind viele Tausende Arbeiterfamilien brotlos geworden und in große Not geraten.“

Mit Dankesworten an den Referenten Kollegen Karl Goldschmidt und einem braufenden Hoch auf die Gewerbevereine wurde die prachtvolle Versammlung gegen 11 1/2 Uhr vom Vorsitzenden Bierweger geschlossen.

8. Profen. Am 17. Oktober fand die Monatsversammlung des Gewerbevereins der Stein- und Hülfsarbeiter in Kalthaus statt. Nach Erledigung der geschäftlichen Sachen entstand eine längere Diskussion über ein Schreiben des Agitationsbeamten Müllers, Magdeburg betreffs Anschlusses an den Gewerbeverein der Bauhandwerker. Man kam zu dem Schluß, daß vorläufig an einen Anschluß aus agitatorischen Gründen noch nicht zu denken ist. Doch war man der Ansicht, daß wir die Fühlung mit den Bauhandwerkern nicht verlieren dürfen, weshalb als Delegierter zum Bezirkstage nach Weimern der Kollege Tschentcher gewählt wurde. Ein weiterer Punkt der Tagesordnung war die Wahl eines Agitationsleiters. Obgleich bereits in zwei Versammlungen die Sache besprochen und auch im „Gewerbeverein“ ausführlich behandelt worden ist, vertagte man den Punkt nochmals bis zum Januar, um erst die Vorstandswahlen abzuwarten. Man kann sich leider von der Ansicht nicht trennen, daß der Schriftführer Versammlungsberichte und eingegangene Schreiben allein zu erledigen hat. Geschlossen wurde ferner ein Herbstvergnügen zu veranstalten und die nächste Versammlung am Freitag, den 17. November, in Profen abzuhalten. Bewilligt wurden 20 Mark für die Gärtner in Luedlinburg, sofern wir vom Zentralrat benachrichtigt werden. Aufgenommen wurden 4 Mitglieder. Mit einem Appell an die Anwesenden, in der nächsten Versammlung recht zahlreich zu erscheinen, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.
Germann Pilz, Schriftführer.

Verbands-Zeil.

5. Mitteilung über die Sammelgelder für die um das Realisationsrecht kämpfenden Gärtner in Luedlinburg.
Bergarbeiter: Reggen Rt. 15,70. Fabrik- und Handarbeiter: Augsburg 5, Vödingen 4,40. Briß 3, Gertrode 4,40, Gräfenhainichen 1,50, Gerten 5, Partau 3, Kaiserlautern 9,50, Neupendorf 1,50, Tauscha 3. Gemeindeförderer: Berlin 2,25, Berlin 42,65. Holzarbeiter: Weuthen 3, Breslau 6,60, Danzig II 9,40, Görlitz 3, Nürnberg 10. Maschinenbau- und Metallarbeiter: Görlitz II 5, Söphenlinde 10, Neubrück 6,50, Stettin 10. Schiffszimmerer: Stettin-Bredow 8. Schneider: Görlitz 16,50, Brauberg 6,50. Schuhmacher und Lederarbeiter: Birkenau 2,50, Rülheim-Ruhr 5, Weihenfeld 27,45. Stein- und Hülfsarbeiter: Profen 20. Töpfer: Schweibitz 4,25. Ortsverbände: Halberstadt 10, Nathenow 5, Roth-Nirnberg, als Güte von einem, der die Gewerbevereine beilegt 5. Summa Mark 276,50. Vereits quittiert Mark 2826,82. Ingegamt Mark 3103,32.
Berlin, den 1. November 1909.
Rudolf Klein, Verbandskassierer.

Verichtigung. Die in Nr. 87 unter Remus-Stolz quittierten Mk. 10,- sind vom O.-V. der Graph. Verufe und Maler Stolp eingezahlt.

Berichtungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerbevereine (G.-D.). Verbandsabend der Deutschen Gewerbevereine, NO., Gröfswalderstraße 221/222. Mittwoch, 3. November. Vortrag des Kollegen Joseph: „Kapitalistische Wirtschaft; Markt und Geldwesen“. Gäste willkommen. — Gewerbevereins-Liebesfest (G.-D.). Jeden Donnerstag, abends 9 bis 11 Uhr, Liebungshunde im Ver-

bandsklub der Deutschen Gewerbevereine (Ordnung Saal). Gäste sind herzgl. willkommen. — Distriktsklub Noabitt. Jeden Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, Sitzung b. Rabau, Waldstr. 53. — Sachwissenschaftlicher Distriktsklub Berlin. Büdlerstr. 20. Sitzung jeden ersten und dritten Dienstag im Monat. — Sonnabend, 6. November. Maschinenbau- und Metallarbeiter III. Die Versammlung fällt aus. Nächste Versammlung findet am Sonntag, 7. November, vorm. 9 Uhr, bei Rabau, Waldstr. 53, statt. — Maschinenbau- und Metallarbeiter IV. Abds. 8 1/2 Uhr Versammlung mit Damen bei Ehem, Wülfersstr. 61. Vortrags-Vortrag des Herrn Conradt: „Eine Reise durch das bayerische Hochgebirge“. — Maschinenbau- und Metallarbeiter IX. Abends 8 1/2 Uhr Versammlung mit Damen, Wülfersstr. 22. Vortrag des Ingenieur Herrn Dohn. — Maschinenbau- und Metallarbeiter XII. Abends 8-10 Uhr Zahlabend b. Krull, Putzstr. 51.

Orts- und Bezirksverbände.

Nachh. (Distriktsklub). Jeden 2. und 4. Samstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsabend bei Leuchter, Ecke Hanfmannplatz und Jülicherstraße. — Hamburg (Ortsverband). Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr präz., in Hiltmanns Hotel, Kostritzer, Distriktsklub. (Distriktsklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 9 Uhr bei Pastor, Kaiser Wilhelmstraße 77. — Dresden (Distriktsklub). Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sandbergdrän, Weberstraße 28, statt. Gäste w.ill. — Köln (Distriktsklub). Sitzung jeden Mittwoch, abds. 9 Uhr im Restaurant „Water Kolping“, Eiferstraße. — Hamburg (Distriktsklub). Jeden 2. u. 4. Mittwoch u. Monat bei Pastor, Kaiser Wilhelmstraße. — Duisburg (Distriktsklub). Jeden 1. und 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hansen, Friedrich Wilhelmstraße, Distriktsabend. — Walsheim-Ruhr (Ortsverband). Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Wilt Joh. Müller, Sandstraße 88. — Cottbus (Distriktsklub). Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Kober, Berlinstr. 120. — Leipzig (Gewerbevereins-Liebesfest). Die Liebungshunde finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und simmebegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — Weihenfeld a. G. (Jugendabteilung der Gewerbevereine). Liebungshunde jeden Dienstag, abends 8 1/2-11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gesangliebende Gewerbevereinskollegen sind willkommen. — Zerschlohn (Distriktsklub). Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Janer, Döfstr. — Stettin (Sängerchor der Gewerbevereine). Die Liebungshunde finden jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Lokal Kibel, Poststr. 5, statt. Simmebegabte Kollegen sind herzgl. willkommen. — Gelsenkirchen (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat Ortsverbandvertreterversammlung, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokal C. Simon, Alter Markt. — Eversberg (Distriktsklub). Jeden Dienstag, abends von 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Zülfchen“, Sitzung. Gewerbevereinsmitglieder sind herzlich willkommen. — Weihenfeld (Distriktsklub der Gewerbevereine). Jeden Mittwoch 9 bis 11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“. — Schwetzing. Sonnabend, 13. November, abends 8 Uhr, Ortsverbandsober, im „blauen Beck“. — Löhnderscheid (Ortsverband). Sonntag, 7. November, nachm. 4 1/2 Uhr, Ortsverbandsober, in Coelting. — Weihenfeld (Ortsverband). Freitag, 12. November, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Schum. Garten. Vortragsabend: „Die soziale und wirtschaftliche Bedeutung d. Bodenreform.“ Referent: Adolf Damajacke-Berlin. Gäste willkommen.

Veränderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Nathenow (Ortsverband). Max Fischer, Schriftführer, Bergmannstr. 11 II.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Zur Anschaffung dringend zu empfehlen sind die Schriften des Verbandsvorsitzenden, Kollegen Karl Goldschmidt:

Weltanschauung
und
Arbeiterbewegung.

Ein Wort der Auffklärung an die deutschen Arbeiter und alle wahren Volkfreunde.

Für Mitglieder beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pfg., 10 Exemplare kosten 80 Pfg., 50 Exemplare 3,50 Mk., 100 Exemplare 6 Mk., 200 Exemplare 10 Mk., 500 Exemplare 28,50 Mk., 1000 Exemplare 45 Mk.

Das Vereinsrecht für das Deutsche Reich.

Ein Heftchen für die Benutzung des deutschen Vereinsrechts vom 15. Mai 1908.

Preis pro Exemplar für Mitglieder 30 Pfg., 6 Stück kosten 1,50 Mk., 12 Stück 2,65 Mk., 20 Stück 4 Mk.

Bei Bestellungen, die an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Gröfswalderstr. 221/223 zu richten sind, ist der Betrag mitzuführen. Die Bestellung kann auf dem Postanweisungsbillett erfolgen.

Stuttgart-Gannstatt (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten 50 Pfennig Ortsbeitrag bei R. Kuch, Gannstatt, Brunnenstraße 53a III.

Essen (Ruhr). Herberge u. Verpflegungskarten im Gewerbevereins-Bureau, Grofshauerstr. 53

Potsdam (Ortsverb.) Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsbeitrag bei dem Kassierer ihres Ortsvereins.

Wilhelmshaven (Ortsverband). Durchreisende Gewerbevereinskollegen erhalten in den Herbergen zur Heimat I und II freies Nachtquartier, Abendbrot und Frühstück. Karten sind zu haben bei dem Ortsverbandskassierer, H. Rüdcke, Bant, Wehstr. 7.

Bremen. Die Auszahlung der Reisegelder der Ortsvereine und des Ortsverbandes erfolgt von jetzt an auf dem Arbeitsekretariat Bremen, Doventorstr. 21, II. Etg. Eingang Kleine Sudlerstraße. Telefon Nr. 6468.

Oberhausen (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterstützung im Bureau, Rülheimstraße 182.

Der Gewerbeverein
Jahrgang 1908

auf kleinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsmitglieder und Vereinsbibliotheken

5, sonst 7 Mark

bei vorheriger Einsendung des Betrages.

N.B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.

Bestellungen an den Verbandskassierer
R. Klein,
Berlin N.O., Gröfswalder Strasse 221/23.

Erfurt (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten 75 Pfg. Unterstützung beim Distriktskassierer Wilt. Hübn, Löwegasse 9.

Wiesbaden a. G. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Unterstützungskarten beim Kollegen Fischer, Leipzigerstr. 28

Köln und Wülheim a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende erhalten Verpflegungskarten im Gewerbevereinsbureau, Coeltingstr. 118 I.

Söppingen (Ortsverb.). Durchreisende Verbandsmitglieder erhalten Nachtquartier und Verpflegung. Karten sind zu haben bei J. Stäbler, Bahnhöfstr. 18.